



neue B40

In naher Zukunft soll die Hauptstraße in Ladendorf erneuert werden. Dabei trägt das Land alle Kosten für die Fahrbahn, während die Gemeinde alle Kosten für die übrigen Anlagen, wie beispielweise Gehwege, Parkbuchten etc. zu tragen hat.

Seit dem Bau der A5 und der Umfahrung Mistelbach ist der (Schwer-)verkehr durch Ladendorf enorm gestiegen und wird weiter steigen, da das Kalkwerk Ernstbrunn nicht nur für die Umfahrung, sondern auch für die Verlängerung der A5 den Zuschlag bekommen hat. In den nächsten 2-3 Jahren werden also etliche Tonnen Baumaterial durch Ladendorf gekarrt werden.

Wie sich bereits jetzt zeigt, stehen LKW-Fahrer unter hohem Druck – sie wollen so viel Fahrten wie möglich unterbringen – was sich an ihrem Fahrverhalten zeigt. Kaum jemand bleibt beim Zebrastreifen stehen, kaum einer hält sich an die Geschwindigkeitsbegrenzungen. Doch auch viele PKW-Fahrer werden durch die Breite und die Geradlinigkeit der Straße zum Schnellfahren animiert.

Wir haben nun die einmalige Chance zu bestimmen, wie wir unser Dorf gestalten wollen. Machen wir daraus eine Siedlung entlang einer Transitroute, oder einen Wohlfühl-Ort, der allen Platz bietet. Das englische Wort für Verkehrswege ist

weiterlesen auf Seite 2

Visualisierung eines (in Ausnahmefällen überfahrbaren) Minikreisverkehrs bei der „Kreuzung Lindenallee“ als neuralgischer Knotenpunkt, wo regelmäßig der Zebrastreifen trotz wartender FußgeherInnen überfahren wird.

Verkehrsberuhigende Maßnahmen - siehe „Verkehrsberuhigung 2011“ (Broschüre herausgegeben von der NÖ Landesregierung) <http://www.noel.gv.at/Verkehr-Technik/Planungen-Beratung/NOe-Verkehrsberatung/Verkehrsberuhigung2011.html>

Plandaten aus <http://atlas.noel.gv.at>

neue B40

für alle Verkehrsteilnehmer

siehe Seite 1 – 2

Alles neu? TTIP, ...

im Gemeinderat; alle Macht den Konzernen?

siehe Seite 2 – 3

fahr rad! Wasserhaushalt

warum ich mit dem Rad fahre.

siehe Seite 4

Foto

„communications“, leitet sich also von kommunizieren ab. Verkehrswege können Menschen miteinander verbinden – oder sie voneinander trennen. Studien haben gezeigt, dass die Anzahl der Kontakte zwischen Menschen von der einen Seite einer Straße zu denen, die auf der anderen leben, abnehmen, je stärker der Verkehr auf dieser Straße ist.

Wie wir unsere Hauptstraße gestalten entscheidet darüber, ob wir daraus eine Durchfahrt machen, die in erster Linie darauf ausgerichtet ist, dem motorisierten Verkehr freie Bahn zu bieten, oder ob wir eine Verkehrsfläche schaffen, auf der sich alle Verkehrsteilnehmer_innen gerne bewegen, eine die Kindern am Weg zur Schule, Fahrradfahrer_innen am Weg zum Bahnhof oder unterwegs zum Einkaufen, Eltern mit Kinderwägen, Spaziergänger_innen, die durch den Ort schlendern etc. gleichermaßen Raum gibt.

Foto: Weinwurm



Es gibt zahlreiche gute Beispiele dafür, wie sich solche Verkehrsflächen schaffen lassen, die sich alle Nutzer_innen gleichberechtigt miteinander teilen, auf denen wechselseitige Begegnungen auf Augenhöhe möglich sind, Räume, die ausdrücklich auch dazu ermutigen Wege zu Fuß oder mit dem Fahrrad zurücklegen. So lassen sich auch Verkehrsprobleme am besten lösen, die ja in erster Linie durch den motorisierten Verkehr verursacht werden (Lärm, Feinstaub, Umweltverschmutzung, tödliche/schwere Unfälle, Stau, Stress). Durch den Wechsel von

Bodenbelag (Pflasterungen, andere Farbe bzw. farbliche Hervorhebungen oder niveaugleiche Flächen an bestimmten, starkfrequentierten Punkten, etwa vorm ADEG und im Kreuzungsbereich Hauptstraße/Garmannser Straße) ließen sich Zonen errichten, in der langsamere Verkehrsteilnehmer_innen erhöhte Sichtbarkeit erfahren und sich nicht wie störende Elemente fühlen, die nur ja nicht die Flüssigkeit des motorisierten Verkehrs behindern und die Verkehrsflächen möglichst schnell wieder verlassen sollen, anstelle zum Verweilen und darauf Fortbewegen einzuladen. Durch bauliche Maßnahmen, wie Parkbuchten, Mini-Kreisverkehre, Verkehrsinseln, teilweise 30er-Zonen, erhöhte Präsenz der Polizei etc. ließe sich der Verkehr entschleunigen, die Sicherheit erhöhen und für die Anrainer_innen belastenden Lärm vermeiden.

Die Neugestalten unserer Hauptstraße darf keinesfalls die Manifestation eines Kampfes zwischen einem sturen Dafür oder Dagegen und das Denkmal jener Gruppe werden, die es schafft sich dabei am besten durchzusetzen. Dafür ist dieses Projekt viel zu wichtig für die Zukunft für uns Ladendorfer_innen! Wir dürfen sie uns nicht verbauen, sonst laden wir uns den krankmachenden (Schwer-)verkehr ein und schreien dann – wie die Ortschaften entlang der B6 – in 10 Jahren auch nach einer Umfahrung, weil wir ihn nicht mehr aushalten.

David Kien



Alles neu?

Neuer Gemeinderat, neuer Bürgermeister. Alles neu?

Bei der Gemeinderatswahl Ende Jänner 2015 wurden die Karten neu gemischt. Die Övp verlor ihre 2/3 Mehrheit, warum wohl? Die Spö verlor ein Mandat, die Bürgerliste Mut holte 4 Mandate und Fpö und Grüne Alternative Ladendorf behielten ihren Mandatsstand. Seither können die Minderheitsfraktionen, wenn sie gegenseitig Anträge unterstützen, die Behandlung dieser Anträge erzwingen, was vorher nicht möglich war. Die Övp kennt sich jetzt nicht mehr aus, was die einzelnen Parteien unterscheidet. Das wundert uns aber weiter nicht, weil die Övp immer schon Schwierigkeiten hatte, Standpunkte und Handlungsweisen anderer Fraktionen zu verstehen. Und noch größere Schwierigkeiten hatte sie oft, diese Standpunkte zu teilen.

Was hat sich seither geändert? Dadurch, dass im Vorfeld der Gemeinderatssitzungen Tagesordnungspunkte durch ein Schreiben der Minderheitsfraktionen der Bevölkerung bekannt wurden, ist das Interesse an den Sitzungen stark

Alle Macht den Kom

„Österreich ist eine demokratische Republik. Ihr Recht geht vom Volk aus.“(Bundesverfassung, Artikel 1)

Trotzdem werden hinter verschlossenen Türen weitreichende Vereinbarungen getroffen. BürgerInnen erfahren Details erst dann, wenn es zu spät ist. Lobbyisten und Anwälte der Konzerne haben volle Einsicht und sitzen am Verhandlungstisch. Den Abgeordneten des EU Parlaments wird nur sehr widerwillig und eingeschränkt Zugang gewährt. Wem soll dieses Abkommen dienen? Was den Interessen der BürgerInnen entspricht, braucht nicht geheim gehalten zu werden, außer man möchte sie hintergehen. Die Konzerne wollen die Bevölkerung offenbar in eine neue Form der Leibeigenschaft pressen, indem sie ihre Interessen rechtlich durchsetzen wollen.

Worum geht es? Soweit es bis jetzt durchgesickert ist:

Das Versprechen des TTIP-Abkommens lautet Wachstum durch noch mehr Handel und Investitionen zwi-



gewachsen. Bis zu 50 und mehr ZuhörerInnen wurden gezählt, vorher waren es vielleicht 2 bis 3 und manchmal überhaupt keine. Die BürgerInnen wollen wissen, wofür und wie ihr Geld ausgegeben wird. Ein Anliegen der Minderheitsfraktionen war es, die geplanten Projekte einer gewissenhaften Überprüfung zu unterziehen, ob und in welchem Ausmaß sie notwendig und finanzierbar sind. Sparsamkeit und Zweckmäßigkeit ist für die Gemeindeverwaltung auch gesetzlich vorgeschrieben.

Leider wurde diese Chance anlässlich der Wahl des neuen Bürgermeisters am 19.6. nicht wahrgenommen. Die ÖVP zog es vor, zu mauern, anstatt die Karten auf den Tisch zu legen. Eine Kostenschätzung, wenn auch in eher allgemeiner Form, wurde erst am Ende der Sitzung vom 27.7. vorgelegt. Es ist demnach auch in der ÖVP klar, dass die Verschuldung der Gemeinde dann von jetzt unter 3 Mio € auf über 8 Mio € ansteigen wird. Das ist etwa das 2–3fache des jährlichen Haushalts. Schulden sind Geld, das wir schon verbraucht haben, aber noch verdienen müssen. Zum Nachdenken: Wenn die Ertragslage der Gemeinde nicht einbricht, können wir pro Jahr etwa € 500.000 aus dem laufenden Haushalt für Projekte investieren. Rücklagen sind prak-

tisch nicht vorhanden. In der Kostenaufstellung vom 27.7. wird eine jährliche Belastung von € 304.000 genannt, und das teilweise für die kommenden 20 bis 25 Jahre. Problematisch daran ist, dass ein Großteil davon nicht durch Gebühren finanziert wird, sondern aus sonstigen Überschüssen der Gemeinde aufgebracht werden muss und der Spielraum für andere Aufgaben dadurch sehr eingeengt wird.

Es gibt aber auch positive Aspekte. Bis jetzt hat der neue Bürgermeister versucht, sachlich zu agieren. Die Riege der ÖVP Gemeinderäte wurde teils durch neue und, so ist zu hoffen, diskussionsoffeneren Personen besetzt. So wird das Problem des öffentlichen Verkehrs und auch des übrigen Verkehrs interessierter und professioneller betrachtet und wir sind neugierig, was für die nicht motorisierten Menschen in unserer Gemeinde herauskommt. Die Gestaltung der Hauptstraße wird dafür ein Gradmesser sein. Aber nicht nur beim Betonieren und Asphaltieren ist das richtige Maß gefragt, Wir werden jedenfalls darauf hinarbeiten, dass auch Projekte für die Natur innerhalb und außerhalb der Ortschaften angegangen werden.

Magdalena Frey



Freie Fahrt den Spekulanten?

Private und kommerzielle Daten können von einschlägigen Diensten wie der NSA ausgespäht werden, wie es teilweise bereits jetzt schon geschieht.

Investor-Staat Klagerechte: Mit der Einsetzung eines privaten Schiedsgerichts erkennt ein Staat an, dass Privatinteressen wichtiger sind als Staatsinteressen. Die Entscheidungen dieser

Eine Resolution gegen TTIP wurde vom Ladendorfer Gemeinderat auf Antrag der Grünen einstimmig beschlossen. Danke an alle Fraktionen.

Schiedsgerichte werden in nichtöffentlicher Sitzung getroffen und oftmals auch danach geheim gehalten. Es gibt keine Berufungsmöglichkeit. Und warum kann nur der Investor den Staat klagen, aber der Staat den Investor nicht? Bereits jetzt gibt es in verschiedenen Abkommen Klauseln, die von den Konzernen benützt werden, um Staaten in die Knie zu zwingen. Ein Staat sollte sich bei Streitfällen, niemals einem Konzern oder einem privaten Gremium, das aus 3 Rechtsanwälten besteht, unterwerfen, sondern nur einem internationalen Gerichtshof.

Es gibt bereits jetzt laufende Verfahren aus anderen ähnlichen Abkommen: So hat bereits Philipp Morris gegen Uruguay und Australien wegen der Warnhinweise auf Zigarettenschachteln geklagt und der schwedische Konzern Vattenfall die Bundesrepublik Deutschland wegen Auflagen bei Kohlekraftwerken und wegen des Atomausstiegs.

TTIP etc. erlauben Konzernen sogar zu klagen, wenn ihnen ein zukünftiger Gewinn entgehen könnte.

Der Gewinn von Konzernen wird durch TTIP und ähnliche Abkommen über die berechtigten Interessen der BürgerInnen gestellt.

Menschenrechte, soziale Sicherheit wie Mindestlöhne, Arbeitnehmerschutz und Pensionen, Umweltschutz und vieles mehr werden von den Konzernen als lästige Gewinnminderung und daher als unzulässiges Handelshindernis betrachtet.

Geld ist somit bei TTIP wichtiger als das Wohlergehen der Menschen.

Herbert Weinwurm



Konzernen? - TTIP, CETA, TiSA etc.



schen den USA und der EU. Das erwartete BIP-Wachstum soll 0,5% in zehn Jahren betragen, eine dermaßen lächerliche Annahme, die schon durch geringe Wechselkursschwankungen hinfällig wird. Sensible Bereiche, die zwischen den USA und der EU unterschiedlich geregelt und daher strittig sind, wie z. B. Gentechnik, Wasserversorgung oder Fracking sollen einheitlich geregelt werden. Nationale Verbote können so ausgehebelt werden.

Landwirtschaft/Lebensmittelsicherheit: Die österreichische kleinstrukturierte Landwirtschaft müsste plötzlich mit Megaställen und agroindustriellen Großbetrieben der USA konkurrieren. Qualitätskontrollen in den USA sind weitaus lockerer (siehe Chlorhuhn etc.)

Gewerbe: Dass kleine und mittlere Unternehmen in den USA bessere Chancen im Wettbewerb haben ist bestenfalls ein frommes Märchen. Weitaus wahrscheinlicher ist, dass große US-Konzerne in Europa die kleinen Unternehmen vom Markt verdrängen

und Ihre Produkte verkaufen (Verlust europäischer Arbeitsplätze).

Fracking: In vielen Ländern der EU darf, anders als in den USA, kein Fracking betrieben und auch kein durch Fracking gewonnenes Erdgas eingeführt werden.

TTIP ist klassisches Lohn- und Sozialdumping: In den USA ist die Vereinigungs- und Kollektivvertragsfreiheit teilweise erheblich eingeschränkt. Es besteht die Gefahr einer weiteren Verschlechterung: Anstieg prekärer Arbeitsverhältnisse, weiter steigende Einkommensunterschiede, Druck auf Löhne und Arbeitsbedingungen, Klagen gegen Erhöhung von Mindest- und Kollektivvertragslöhnen.

Finanzwirtschaft: Auslöser für die Finanz- und Wirtschaftskrise der letzten Jahre waren die Spekulationen der Finanzwirtschaft. Während die USA hier einige gesetzliche Maßnahmen gesetzt haben, möchte die EU Kommission diese Beschränkungen wieder aufweichen.

Investitionen in den Landschaftshaushalt!

Das 1. Halbjahr 2015 war in Teilen des Weinviertels das trockenste seit Beginn der Aufzeichnungen überhaupt. Dadurch ist in der Landwirtschaft österreichweit ein Schaden von ca. 100 Mio € entstanden. Seit Jahren fordern wir, dass die Gemeinde auch im Bereich des Wasserhaushalts und der Landschaftsgestaltung tätig wird. Darunter verstehen wir: flächendeckende Maßnahmen für den Wasserrückhalt, Baumpflanzung gegen Wind- und Wassererosion, umfassender Hochwasserschutz.

Details unter <http://members.aon.at/gruene.ladendorf/landschaft.html>

Statt überdimensionierte Bauprojekte anzugehen, sollte die Gemeinde einen beträchtlichen Teil ihrer Investitionen auf den Grünraum lenken, hier werden ja auch die Lebensmittel erzeugt und dieser dient auch der Erholung der Bevölkerung. Deswegen haben wir auch anlässlich des Windparkprojekts darauf gedrungen, dass € 50.000 für diesen Zweck reserviert werden. Das kann aber nur der Anfang sein, noch wesentlich mehr wird in der Zukunft notwendig sein.

Herbert Weinwurm



fahr rad!

Ich weiss nicht mehr, wie ich zum Radfahren gekommen bin. Wahrscheinlich war es so, dass es zu der Zeit, als ich Kind war, einfach so üblich war, alle Wege radfahrend zu erledigen. Eine meiner frühen Kindeserinnerungen ist die, in einem Fahrradkindersitz (damals vorne auf dem Fahrrad) zum Kindergarten gebracht zu werden.

Sie werden es gemerkt haben, ich spreche vom Fahrrad als Verkehrsmittel, nicht vom Fahrrad als Sportgerät. Das macht einen großen Unterschied aus. Während Sport zur Freizeit gehört, also irgendwie nicht so wichtig ist, ist die Mobilität Voraussetzung, um zum Arbeitsplatz, in die Schule oder sonstwohin zu gelangen. Sport ist gesund – Mobilität ist notwendig. Warum nicht beides verbinden?

Schnelligkeit: Kurze Entfernungen innerhalb der Ortschaft kann man mit



einem Fahrrad fast genauso schnell zurücklegen wie mit dem Auto. Für etwas längere Strecken (zum Beispiel nach Mistelbach) muss man ein bisschen mehr Zeit einplanen, dafür entfällt die Parkplatzsuche.

Witterung: Radfahren ist bei (fast) jedem Wetter möglich. Im Sommer streicht der Fahrtwind mild kühlend über die Haut, während man an einem Wintermorgen mit einer erfrischenden Kältedusche so richtig wach wird (es kommt nur darauf an, die Hände und den Kopf zu schützen, durch die Bewegung wird Ihnen bald warm). Bei leichtem Regen schützt entsprechende Kleidung. (übrigens: wieviel Regentage hatte dieser Sommer?)

Lastentransport: Für den großen Monatsverkauf wird das Fahrrad vielleicht zu klein werden. Das, was sie so täglich brauchen, passt locker in den Fahrradkorb oder in die Satteltasche.

Kosten: Über den Unterschied zwischen einer Fahrrad- und einer Autoreparatur brauche ich nicht zu reden. Vielleicht sparen Sie sogar durch gute Planung und konsequentes Fahrradfahren das Zweitauto ein? Dann brauchen Sie auch keine Doppelgarage!

Gesundheit: Wenn ich mit dem Fahrrad zum Einkaufen fahre, mache ich ganz nebenbei Bewegung. Zum Sporteln hätte ich mir Zeit nehmen müssen.

Und sonst noch: Stellen Sie sich vor, in Ladendorf wären nur mehr halb so viele Autos unterwegs, weil mehr Fahrrad gefahren wird! Stellen Sie sich weiter vor, dass Sie ihre Kinder nicht mehr zum Bahnhof, zu Freunden oder in die Schule bringen müssen, weil diese selbständig und gefahrlos mit den eigenen Fahrrädern unterwegs sind.

Wenn Sie eine bestimmte Strecke (zum Beispiel nach Mistelbach) jeden Tag fahren, bemerken Sie die Veränderung in der Landschaft mit den Jahreszeiten, es sieht anders aus, es riecht anders. Sie nehmen die Menschen denen Sie begegnen, anders wahr, man kann auch für ein Schwätzchen leichter anhalten. Sie haben auf der Fahrt Zeit, um den Kopf freizubekommen.

Sie spüren mehr vom Leben.

Michaela Weinwurm



Impressum

Die Zeitung der Grünen Alternative Ladendorf
<http://www.members.aon.at/gruene.ladendorf>
für den Inhalt verantwortlich: Magdalena Frey
Kapellenstraße 2, 2126 Ladendorf
mail: frey@ma-frey.com
gedruckt auf umweltfreundlichem Recyclingpapier
Gestaltung: wannerer.com
Wannerer Design